

Niederschrift
über die Sitzung des Bielefelder Klimabeirates
am 29.03.2023

Tagungsort: Nowgorod-Raum, EG, Altes Rathaus

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 19:40 Uhr

Anwesend:

Mitglieder

Herr Jörg Beyer

Herr Dr. Timothy McCall

anwesend ab 17:15 Uhr

Herr Karl-Ludwig Meyer zu Stieghorst

Frau Angela Rehorst

Frau Prof. Dr.-Ing. Eva Schwenzfeier-

Hellkamp

Herr Bernd Upmeier zu Belzen

anwesend bis 17:30 Uhr

Frau Bettina Willner

(stellv. Vorsitzende)

Stellvertretende Mitglieder

Herr Dirk Artschwager

Herr Pablo Bieder

Frau Tina Eggert

Frau Smilla Jongmanns

Herr Michael Motyka

Herr Adalbert Niemeyer-Lüllwitz

Verwaltung

Herr Martin Adamski

anwesend bis 17:50 Uhr

Frau Tanja Möller

Frau Birgit Reher

Herr Stefan Kühlmann

Schriftführung

Frau Franziska John

Zu Punkt

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Die stellvertretende Vorsitzende Frau Willner begrüßt die Anwesenden. Frau Willner stellt den form- und fristgerechten Versand der Tagesordnung fest. Sie ergänzt diese um den TOP 4 „Wahl eines beratenden Mitgliedes für die Arbeitsgruppe „Bielefelder Leitbild einer zukunftsreichen Stadtentwicklung“, um den TOP 5.1 „Aufnahme einer neuen Gruppe der Fachexpert*innen“, um den TOP 5.2 „Die hängenden Gärten von Bielefeld-Begrünung des Ostwestfalen-Damms und den TOP 6.3 „Verbot von Heizstrahlern auf öffentlichen Flächen“ mit der Drucksachenummer: 5852/2020- 2025.

Kenntnisnahme

-.-.-

Zu Punkt 1

Genehmigung der Niederschrift über die 13. Sitzung des Bielefelder Klimabeirates am 18.01.2023

Frau Willner bittet Herrn Artschwager um Verlesung seines Einwandes zur Niederschrift.

Herr Artschwager verliest und erläutert den Einwand.

Sodann ergeht folgender

Beschluss:

Die Niederschrift über die 13. Sitzung des Bielefelder Klimabeirates vom 18.01.2023 wird mit Änderungen der Anlage 1 zu TOP 1 nach Form und Inhalt genehmigt.

- abweichend vom Beschlussvorschlag einstimmig beschlossen -

Das Dokument „Anlage zur Niederschrift“ ist als Anlage 1 Bestandteil dieser Niederschrift.

-.-.-

Zu Punkt 2

Bericht aus dem Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz vom 07.02.2023; 02.03.2023

Frau Möller nimmt Bezug auf die Sitzung vom 07.02.2023. Diese sei sehr umfangreich, thematisch sehr ausdifferenziert und informativ gewesen. Unter Anderem hätte es beantwortete Anfragen zum Thema „Eichenprozessionsspinner“ sowie zu der „Hackschnitzelanlage der Stadtwerke Bielefeld“ gegeben. Es hätte außerdem eine Vorlage zur Neuausrichtung des Mobilfunkausbaus in Bielefeld vorgelegen. Des Weiteren hätten zwei Vorträge zum Thema „Entschlammung städtischer Teiche“ und „Klimaneutral 2030“ stattgefunden. Ebenso sei in erster Lesung die Fragestellung um den §13 Berücksichtigungsgebot des Bundesklimaschutzgesetzes behandelt worden. Außerdem seien Empfehlungen des Bielefelder Klimabeirates zur Verwendung des Budgets 2023 für kurzfristige wirksame Klimaschutzmaßnahmen, beraten worden. Zum Abschluss des öffent-

lichen Teils hätte es noch einen Bericht aus dem Naturschutzbeirat gegeben. Frau Möller informiert darüber, dass die AfUK Sondersitzung vom 02.03.2023 ausschließlich zum Thema „Regionalplanung“ stattfand.

Kenntnisnahme

-.-.-

Zu Punkt 3

Mitteilungen

Frau Reher gibt Auskunft über die Themenfelder: Dämmung oberste Geschossdecke/Dachdämmung und Heizung. Die Verwaltung hätte 47 Anträge zur Förderung auf Dämmung erhalten und 15 Anträge zur Förderung auf Heizungsoptimierung wobei 5 davon hätten abgelehnt werden müssen, da sie die Tatbestände nicht erfüllten. Die Förderung zur Dämmung sehe die Verwaltung als erfolgreich an. Frau Reher informiert über den Einstieg der Bürgerbeteiligung „Klimaneutral 2030“ als Öffentlichkeitsveranstaltung am 20.04.2023. Außerdem sei eine Onlinebeteiligung zum Thema „Klimaneutral 2030“ über das Beteiligungsportal der Stadt Bielefeld geplant. Weitere Informationen dazu würden noch mitgeteilt. Frau Reher berichtet außerdem über die Klimawoche in Bielefeld, welche mit unterschiedlichsten Veranstaltungen durchgeführt worden sei. Das Thema Klimaschutz hätte im Vordergrund gestanden. Das Projekt „Klimaschonende Entscheidungen“ startet mit dem Reallabor am 13.06.2023. In dem Reallabor würde untersucht, wie klimaschonende Entscheidungen im normalen Alltag zu berücksichtigen und umzusetzen seien. Der Aufruf an die Bürger solle Ende April öffentlich gemacht werden.

Kenntnisnahme

-.-.-

Zu Punkt 4

Wahl eines beratenden Mitgliedes für die Arbeitsgruppe " Bielefelder Leitbild einer zukunftsreichen Stadtentwicklung "

Frau Reher erläutert auf Grundlage des Beschlusses „Berücksichtigung der Vorgaben des Klimaschutzgesetzes bei kommunalen Planungen“, dass gewisse Standards entwickelt werden müssten, welche leitend für die Stadtentwicklung mit Hinblick auf den Klimaschutz sein sollen. Dies sei in den AfUK und in den Stadtentwicklungsausschuss (StEA) weitergegeben worden. Parallel dazu sei von Seiten der Politik eine Arbeitsgruppe zur Erstellung von Leitlinien zu dieser Thematik gegründet worden. Der Rat hätte die Teilnahme eines beratenden Mitgliedes des BKB beschlossen. Dem Vorsitz wurde dies vorher zur Kenntnis gegeben und der BKB um Bestimmung eines Mitgliedes für die Arbeitsgruppe gebeten. Der Verwaltung wurde mitgeteilt, dass Herr Niemeyer-Lüllwitz aufgrund seiner langjährigen Erfahrung in der Verwaltung sowie im Umweltverband Interesse an der Beteiligung habe. Da dies eine zeitbefristete Tätigkeit darstelle, wäre er dazu bereit, falls sich kein anderes Mitglied aus dem BKB dazu bereiterklären würde.

Sodann ergeht folgender

Beschluss:

Herr Niemeyer-Lüllwitz vertritt den Bielefelder Klimabeirat als beratendes Mitglied in der Arbeitsgruppe „Bielefelder Leitbild einer zukunftsreichen Stadtentwicklung“

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 5

Anfragen

Zu Punkt 5.1

Aufnahme einer neuen Gruppe der Fachexpert*innen- Satzungsänderung

Frau Reher informiert darüber, dass ein Mitglied des BKBs momentan weniger Kapazitäten hätte, um der Mitgliedschaft im Klimabeirat gerecht werden zu können. Ein Austritt sei aber nicht gewünscht, da sich die Situation perspektivisch wieder verändern werde. Um die Arbeit im BKB weiter zu gewährleisten, wird eine geteilte Mitgliedschaft von NRW.Energy4Climate mit der Effizienz-Agentur NRW und Energie Impuls OWL vorgeschlagen. In dem Rahmen wäre eine Abdeckung von Fachkompetenz und eine starke Vertretung gegeben. Alle Mitglieder stimmen mit dem Vorschlag überein. Der BKB müsste ein Votum abgeben, damit der AfUK sowie der Rat der Stadt Bielefeld darüber befinden könnten.

Frau Dr. Schwenzfeier-Hellkamp gibt zur Kenntnis, dass sie die beiden Organisationen mehr als geeignet ansehe und fragt nach, ob die Mitglieder dementsprechend neu gewählt werden müssten und wer dann die 1. bzw. 2. Stellvertretung stellen würde.

Frau Reher erläutert, dass der heutige Tagesordnungspunkt sich nur auf die Organisationen beziehen würde, da diese dann ihre Vertreter*innen selbst benennen würden. Anschließend würden diese dann vom Rat gewählt, der BKB ist hierbei nicht beteiligt.

Herr Meyer zu Stieghorst fragt nach, ob die drei Mitglieder ein gemeinsames Stimmrecht hätten.

Frau Reher bejaht und erklärt, dass es die gleiche Herangehensweise wie bei den Mobilitätsgruppen wäre.

Sodann ergeht folgender

Beschluss:

Es wurde ein einstimmiges Votum für die Neu- und Umbesetzung der Fachexpert*innen, für NRW.Energy4Climate, Energie Impuls OWL und der Effizienz- Agentur NRW, beschlossen.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 5.2 **"Die hängenden Gärten von Bielefeld"- Begründung des Ost-westfalendamms**

Frau Reher gibt zur Kenntnis, dass dies zur reinen Information mit auf die Tagesordnung aufgenommen worden sei.

Frau Willner schlägt vor, dies in der nächsten internen Sitzung zu besprechen und gegebenenfalls wieder mit auf die nächste Tagesordnung zuzunehmen.

Herr Adamski erklärt, dass die Umsetzung des Projektes unter anderem von der Statik abhängen würde. So könnten eventuell vorzunehmende Maßnahmen, bei einem älteren Bauwerk wie diesem, bei Bepflanzung schwerer durchzuführen sein. Er würde diesbezüglich bei Bedarf die Verkehrsbehörde um weitere Informationen bitten, damit ein zielorientierter Beschluss gefasst werden könne.

Kennntnisnahme

-.-.-

Zu Punkt 6 **Anträge**

Zu Punkt 6.1 **Zuschuss zum Klima- und Umweltbildungszentrum Hof Ramsbrock (Antrag des Fördervereins Hof Ramsbrock e.V. vom 01.03.2023)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 5754/2020-2025

Frau Willner begrüßt Frau Chrobak zur Vorstellung des Konzeptes „Klima und Umweltbildungszentrum Hof Ramsbrock“. Frau Chrobak stellt sich kurz vor und bedankt sich für die Einladung. Die Präsentation ist im Ratsinformationssystem öffentlich einsehbar.

Herr Niemeyer-Lüllwitz fragt nach, ob der beantragte Zuschuss für die Weiterentwicklung und Planung des Hof Ramsbrock sei. Nach seinem Verständnis gäbe es keine Existenzproblematik, vielmehr wurde der Zuschuss für die Konzeptentwicklung beantragt.

Frau Chrobak bejaht das, weist aber darauf hin, dass die bewilligten 30.000 Euro der Stadt in diesem Jahr nur den Großteil der 20 Wochenstunden der Mitarbeiterin abdecken würde. Der Spielraum wäre eng bemessen.

Frau Reher informiert, dass eine Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung für 2024 erarbeitet würde. Für das Jahr 2023 bestehe eine Lücke. In der letzten Haushaltsberatung wurden 30.000 Euro bereitgestellt, wovon 6 die Stelle mit 20 Wochenstunden jedoch nicht einmal komplett bezahlt

werden könne. Der Verein bräuchte nun für die pädagogische Arbeit Unterstützung, um den Neustart ermöglichen zu können.

Herr Meyer zu Stieghorst fragt nach, ob schon eine Förderung bei der Stiftung „Umwelt und Entwicklung“ angefragt worden sei.

Frau Chrobak ergänzt, dass der Hof Ramsbrock sich gerade an verschiedene Stellen wenden würde. Auch kleine Beiträge wären schon hilfreich.

Herr Artschwager fragt nach, ob die Chancen auf Finanzierung der Stadt für 2024 gutstehen würden.

Frau Reher bejaht dies.

Herr Bieder fragt den Stand des Klima-Budgets für dieses Jahr an.

Frau Reher gibt zur Kenntnis, dass bislang 80.000 Euro für finanzwirksame Beschlüsse verplant worden seien.

Herr Niemeyer Lüllwitz fragt nach, ob dann noch Mittel für die finanzwirksamen Beschlüsse aus 2022 übrig wären und verweist auf die Kampagne „Prima Klima“.

Frau Reher erklärt, dass die Förderprogramme aus der Billigkeitsrichtlinie finanziert würden. Das Klimabudget würde dafür nicht benötigt und wurde 2022 komplett verausgabt.

Frau Willner fragt nach, ob die Beschlüsse zu „Mehrweg“ und dem „KlimaTeller“ von 2022 dieses Jahr noch über andere Fördergelder finanziert würden oder ob Geld vom letzten Jahr dafür zurückgelegt worden sei.

Frau Reher erklärt, dass die Mittel für die genehmigten Förderanträge übertragen worden seien. Jedoch sei die Nachfrage eher gering und es sei nicht davon auszugehen, dass deutlich mehr Mittel benötigt würden. Die beiden Förderungen würden bislang aus dem Klimabudget finanziert.

Frau Möller gibt den Hinweis, dass einige der Förderungen des BKBs aufgrund der Corona Pandemie nicht abgerufen worden seien. Die Ausschöpfung des Klimabudgets von 200.000 Euro jährlich sei somit größtenteils durch die PV-Förderungen erfolgt. Nun neige sich die Pandemie dem Ende zu und der Zulauf der Teilnahme an Veranstaltungen würde stetig steigen. So sei der Hof Ramsbrock eine sich in den letzten Jahren sehr gut entwickelte Einrichtung und würde beste Voraussetzungen für einen Veranstaltungsort bieten, um Bildung in Klima- und Umweltschutz zu fördern. Aktuell ginge es konkret um das Schließen einer Finanzierungslücke. Institutionen wie diese würden benötigt, um die Umsetzung von Umwelt- und Klimabildung in praxisorientiertes Handeln zu garantieren.

Frau Rehorst kritisiert, dass der Antrag auf Förderung nicht konkret genug sei. Sie würde vorschlagen, das Geld zweckgebunden zu verwalten. Es sollte klar definiert sein, wofür die Förderung benötigt würde.

Frau Möller stimmt dem zu, weist jedoch darauf hin, dass die personelle

Ressource hinter diesem Antrag stehen würde. Wie erwähnt, hätte der Hof Ramsbrock bislang nur eine Mitarbeiterin auf Basis von 20 Wochenstunden. Frau Möller bekräftigt, dass sich mit einer weiteren halben Stelle deutlich mehr gestalten und umsetzen ließe. Bei Bedarf könne der Antrag durch die Mitglieder noch konkretisiert werden.

Herr Niemeyer-Lüllwitz begrüßt die Entwicklung und das angehende Projekt des Hof Ramsbrock. Er stehe der Förderung jedoch kritisch gegenüber, da Bielefeld mehrerer solcher Einrichtungen mit Ausrichtung auf Umweltschutz hätte. Klimaschutz lasse sich nur ansatzweise im Konzept wiederfinden. Ihm sei nicht klar, wie die Umsetzung aussehen solle. Er nennt einige Projekte des Hofes: „Weideaustrieb der Schafe, Wildkräuterspaziergang, sinnvolles Naturabenteuer etc“. Er bekräftigt ein weiteres Mal, dass diese Bildungsarbeit äußerst wichtig und grundsätzlich unterstützenswert sei, jedoch seiner Ansicht nach nicht über eine Finanzierung des Bielefelder Klimabudgets. Ziel der Förderprogramme sei es, einen finanziellen Anreiz zu schaffen, um die Bereitschaft in der Bevölkerung für die Umsetzung von kurzfristig wirksamen Klimaschutzmaßnahmen zu erhöhen. Die Projektideen seien natürlich positiv wirksam, konkrete Klimabildung sehe jedoch anders aus. Herr Niemeyer-Lüllwitz nennt Beispiele anderer Träger, die genauso Mittel gebrauchen könnten. Er appelliert für überlegtes Handeln. Würde dieser Träger gefördert, könnten andere Träger mit der gleichen Forderung einen Antrag stellen. Es würden keine existenziellen Probleme bestehen. So fordere er eine genaue Aufstellung und Planung des Konzeptes als auch der Mittel, sowie einen Verwendungsnachweis über die verausgabten Mittel. Er schlägt vor, sich im kleinen Kreise zu treffen um gemeinsam nach einer Präzisierung des Konzeptes zu schauen.

Frau Reher sieht die Kritik als berechtigt an und regt an, den Antrag vorerst zurückzustellen, um das Konzept gemeinsam zu erarbeiten. Frau Reher macht den Vorschlag, dass sich 3 Organisationen für die Zusammenarbeit in der Kleingruppe bereiterklären sollten.

Frau Chrobak betont, 20 Wochenstunden seien nicht genug, um ein komplett neues Programm auszuarbeiten – Verwaltung und Koordination – miteingeschlossen. Sie seien somit momentan auf externe Fördermittel angewiesen. Viele der Themen und Veranstaltungen seien an den Umweltschutz angelehnt, würden aber Klimaschutz miteinbeziehen. Klimaschutz könnte nicht immer einzeln gedacht werden. Der Bezug zum Klimaschutz würde in allen Veranstaltungen mit aufgenommen.

Herr Mc Call meldet sich für die Kleingruppe. Frau Willner gibt zur Kenntnis, dass der Antrag zurückgestellt und die Kleingruppe eine Konkretisierung des Antrages erarbeiten würde.

Sodann ergeht folgender

Beschluss:

Der Antrag auf „Zuschuss zum Klima- und Umweltbildungszentrum Hof Ramsbrock“ wird zurückgestellt. Des Weiteren wird in einer Kleingruppe an einer Konkretisierung des Antrages gearbeitet.

1. Lesung -

Zu Punkt 6.2 Implementierung einer Mehrwegpflicht für öffentliche Veranstaltungen per Satzung

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5822/2020-2025

Frau Willner verliest den Antrag und bekräftigt die Wichtigkeit des Antrages.

Herr Beyer fragt nach, ob, wenn der Beschluss gefasst würde, er dieses Jahr noch umgesetzt werden würde. Er äußert seine Bedenken als Mitglied im Vergabeausschuss für Veranstaltungen in Bielefeld. Die Planungen für die Veranstaltungen wären schon weit vorangeschritten.

Frau Möller gibt zur Kenntnis, dass alle eingebrachten Anträge des BKB und dessen Beschlüsse zunächst empfehlenden Charakter gegenüber dem AfUK als zuständigem Gremium hätten. Nur dieser könne entsprechende Aufträge an die Verwaltung erteilen. Die Verwaltung würde die Empfehlung des BKB anschließend prüfen. Das Prüfungsergebnis würde anschließend wieder in die Gremien eingebracht und im Falle einer Satzungsänderung final durch den Rat beschlossen werden müssen.

Herr Beyer weist darauf hin, dass für dieses Jahr schon Verträge mit Schausteller*innen etc. eingegangen wurden und das im Nachhinein eine Verpflichtung dieser Art nicht möglich sei. Er ginge somit von 2024 aus.

Sodann ergeht folgender

Beschluss:

Der Klimabeirat empfiehlt dem AfUK, die Verwaltung zu beauftragen, die bestehende „Satzung über die Vermeidung und Entsorgung von Abfällen in der Stadt Bielefeld“ vom 20.12.2004 dahingehend zu überarbeiten, dass eine Mehrwegpflicht für öffentliche Veranstaltungen auf städtischen Grundstücken und im öffentlichen Straßenraum implementiert wird.

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 6.3 Verbot von Heizstrahlern auf öffentlichen Flächen im Außenbereich

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5852/2020-2025

Herr Niemeyer-Lüllwitz erläutert den Antrag. Gasbetriebene oder elektri-

sche Heizstrahler würden die extremste Form der Energieverschwendung darstellen und seien nicht mehr zeitgemäß. In der Pandemie wäre dies auf Verständnis getroffen, da die Außengastronomie gefördert werden sollte. Es gäbe nun aber keinen Anlass mehr für die Aufstellung der Heizstrahler. Deutschland würde sich in einer Energiekrise befinden, in Anbetracht der Gas- und Ölproblematik. Deutschland befände sich außerdem auf dem Weg zur Klimaneutralität, weg von den fossilen Energien. Er verweist als Positivbeispiel auf die Stadt Herford, welche vor Kurzem den Beschluss zur Änderung der Sondernutzungssatzung, gefasst hätte. Herr Niemeyer-Lüllwitz plädiere somit für ein Zulassungsverbot von Heizstrahlern auf öffentlichen Flächen.

Herr Artschwager merkt an, dass er inhaltlich zwar übereinstimme, weist jedoch auf die damit einhergehende Wettbewerbsproblematik zwischen Gastronomie auf öffentlichen und privaten Flächen hin. Er schlägt vor, dies mit einer Kommunikationskampagne zu verbinden, zu der Gastwirte und die Dehoga eingeladen werden sollten. Eventuell könnte dies Gastwirte auf privaten Flächen dahingehend positiv beeinflussen, auf Heizstrahler zu verzichten.

Herr Niemeyer-Lüllwitz schlägt eine zukünftige Verabschiedung eines Budgets für die Kommunikationskampagne vor.

Frau Willner begrüßt diesen Vorschlag.

Frau Rehorst äußert sich kritisch in Bezug auf ein Verbot, aufgrund der Ungleichbehandlung und der damit einhergehenden Wettbewerbsverzerrung. Sie schlägt vor, die Gastwirte zu informieren und hofft aufgrund der Situation auf ein freiwilliges Unterlassen.

Herr Beyer erkundigt sich nach einer vergangenen gesetzlichen Regelung bezüglich des Verbotes. Er wäre der Meinung, vor der Pandemie hätte er davon gehört.

Herr Niemeyer-Lüllwitz gibt zur Kenntnis, dass dies nicht Sache der Länder, sondern der Kommunen, sei. Jede Stadt würde das unterschiedlich handhaben.

Frau Willner informiert, der Budgetantrag für die Kampagne würde dann entsprechend gesondert zur nächsten Sitzung eingereicht.

Sodann ergeht folgender

Beschluss:

Der Klimabeirat fordert die Verwaltung auf, ein Verbot von Heizstrahlern im Außenbereich, auf öffentlichen Flächen zu prüfen. Ein entsprechender Passus sollte nach dem Vorbild anderer Städte in die Sondernutzungssatzung der Stadt für die Nutzung öffentlicher Flächen aufgenommen werden.

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 7 **Behandlung unerledigter Punkte der letzten Tagesordnung**

keine

Zu Punkt 8 **Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der
Verwaltung zum Sachstand**

Frau Reher informiert über die beiden im BKB verabschiedeten Beschlüsse zu den Förderungen „Klimafreundliche Mobilität“ und „Spülmobil“. Beide Förderrichtlinien wären in der Endabstimmung und würden dem AfUK am 18.04.2023 zur Beschlussfassung vorgelegt. Die Vorlagen würden kurzfristig im Ratsinformationssystem einsehbar sein. Frau Reher gibt Kenntnis über den Beschluss zum „Neubürgermarketing“ aus dem Jahr 2022. Ursprünglich sollte hier ein Konzept vom Amt für Verkehr bis Anfang 2023 erarbeitet werden, jedoch müsste man aus Kapazitätsgründen diesen Termin bis Mitte des Jahres verschieben.

Kenntnisnahme

Zu Punkt 8.1 **Evaluationsbericht 2020-2023**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 5864/2020-2025

Frau Reher gibt Auskunft über den in der Satzung des BKBs festgelegten Evaluationsbericht. Auskunft gebe der nun vorgelegte Evaluationsbericht über den Umgang mit Beschlüssen, die Verwendung der Mittel und abschließend würden in einem Fazit die Ergebnisse der Arbeit des BKBs seit dessen Gründung dargestellt.

Viele der BKB-Beschlüsse seien erfolgreich umgesetzt worden, womit deutlich aufgezeigt werden könne, dass der BKB ein Gremium sei, welches den Klimaschutz in Bielefeld befördert.

Herr Niemeyer-Lüllwitz fragt nach, ob die Vorlage informell oder durch den BKB noch veränderbar sei.

Frau Reher erklärt, dass es sich um eine Informationsvorlage zur Kenntnisnahme handele.

Herr Niemeyer-Lüllwitz merkt an, dass aus seiner Sicht deutlich mehr in einen Evaluationsbericht gehöre. Unter anderem die Erwartungen, das Selbstverständnis sowie die kritischen Diskussionen und Problematiken. Er sehe es als kritisch an, dass der Bericht nicht zur Diskussion gestellt worden sei, um diesen mitbeeinflussen zu können. Er schlägt vor, einen ergänzenden Bericht zu schreiben. Unstrittig sei, dass mit dem Budget viel erreicht wurde. Die Inhalte des Klimanotstandes aufzugreifen, umzusetzen und in die Politik zu befördern seien jedoch unerwähnt geblieben.

Zudem sei das Austreten von Mitgliedern und die Erfahrung und der Umgang aus diesen Veränderungen unerwähnt geblieben. All diese Fakten gehörten mit in einen Evaluationsbericht.

Frau Rehorst erklärt, dies sei kein Tätigkeitsbericht, sondern eine Evaluation. Die Ergebnisse würden hierbei nur knapp zusammengefasst.

Frau Willner merkt an, dass sie den Einwand von Herr Niemeyer-Lüllwitz verstehen könne. Die Frage sei, was man unter einer Evaluation verstehe und was grundsätzlich mit einfließen sollte. Per Satzung sei jedoch vorgegeben, dass die Verwaltung diese Aufgabe übernehme.

Frau Möller gibt zur Kenntnis, dass die Vorlage mit dem Vorsitzenden des BKB abgestimmt worden sei.

Kenntnisnahme

Zu Punkt 9

Prozess zur Aufstellung kommunaler Wärmeplanung

Frau Willner begrüßt die beiden Referenten Herrn Stefan Kühlmann vom Umweltamt und Frau Katharina Wecken von den Stadtwerken Bielefeld. Herr Kühlmann und Frau Wecken tragen anhand einer Präsentation vor.

Die Präsentation ist im Ratsinformationssystem öffentlich einsehbar.

Herr Artschwager fragt nach, ob die Elektrizitäts- und Wärmeplanung nicht zusammen gedacht werden müsste, da durch den Einbau insbesondere von Luftwärmepumpen, aber auch bei den effizienteren Erdwärmepumpen ein sehr hoher Strombedarf besteht. Wird auch noch die Ausweitung der Elektromobilität mit einer Vielzahl zusätzlicher Ladestellen einbezogen, müsste seiner Meinung nach eine deutliche Verstärkung des Stromleitungsnetzes im gesamten Stadtgebiet erfolgen.

Frau Wecken erklärt, dass die Stromentwicklung mitgedacht werden würde. Wichtig wäre zu sehen, wie sich der Gesamtbedarf entwickle und was dies für den Ausbau, in der Transformation auf erneuerbare Energien, für die Stadt Bielefeld, bedeute. Die Stadt würde vor neuen Herausforderungen stehen.

Frau Rehorst weist darauf hin, dass an die personellen Ressourcen gedacht werden müsste als auch, dass nicht jede Immobilie für eine Wärmepumpe geeignet sei.

Herr Altehülshorst erläutert, dass die Stadt Bielefeld nicht die grüne Wärmemenge hätte, um überall Fernwärme zu verlegen. Die Frage würde sein: „Was machen wir mit den Gebieten, welche wir nicht ans Fernwärmenetz anschließen können?“ Schnell sei man dann bei einem Gebäudesanierungs- sowie Kabelsanierungsprogramm.

Herr Artschwager fragt nach, wieso es kein PV auf manchen Lagerhallenflächen gebe.

Herr Altehülshorst erklärt, dass die meisten Betreiber flexibel bleiben wollen würden, was den Standort des Unternehmens angehe. Photovoltaik sei eine Investition, die dann oft nicht getätigt wird. Außerdem würde die Netzkostenfrage eine große Rolle spielen. An dieser Stelle wären die Stadtwerken gefragt.

Herr Bieder fragt nach, ab wann mit dem Dokument der Bestandsaufnahme zu rechnen sei, wenn diese Ende März abgeschlossen wäre und ob diese auch für den BKB einsehbar sei.

Frau Wecken gibt zur Kenntnis, dass es möglich wäre, jetzt schon Ergebnisse zu präsentieren, spannend würde es allerdings erst gegen Ende Juni werden. Die Bestandsaufnahme sollte mit dem Zielbild zusammen und nicht separat gesehen werden, da dies nur zusammen einen Mehrwert bieten würde.

Frau Möller merkt an, dass die Stadtwerke und das Umweltamt den Bielefelder Klimabeirat regelmäßig über den neuesten Stand und weitere Schritte der kommunalen Wärmeplanung informieren werden. Die Frage sei: Wie müsste perspektivisch langfristig die Wärmeversorgung in Bielefeld und in welchen Stadtteilen/Quartieren aussehen? In einigen Bereichen könne das Fernwärmenetz ausgebaut werden, in anderen müssten dezentrale Lösungen gefunden werden. Auch die Gebäudesanierung müsste mitgedacht werden. Dies würde wiederum das Thema Personal miteinbeziehen. Im Handwerk gäbe es aktuell kein ausreichendes, qualifiziertes Personal. Die Gebäudesanierungsquote liege bei 1 % pro Jahr, die Sanierungsquote müsse auf 8 – 9 % gesteigert werden. Daran würde gut erkennbar sein, wie hoch der Aufwand sei.

Herr Niemeyer-Lüllwitz fragt nach, wie die Fachleute der Stadtwerke die Geothermie beurteilen würden.

Herr Altehülshorst erklärt, es gäbe zwei Arten von Geothermie. Die oberflächennahe Geothermie und die Tiefengeothermie. In Bielefeld sei Tiefengeothermie schwieriger, vor allem nördlich des Teutoburger Waldes. Die relevanten Temperaturregionen lägen bis zu 6000 Meter tief. Allein die Testbohrungen würden alleine mehrere Millionen Euro kosten. Das Feedback zu den bisherigen Erkenntnissen im Bielefelder Norden sei schlecht, Testbohrungen würden sich nicht lohnen. Was den Bielefelder Süden angeht, wären weitere Untersuchungen angebracht.

Frau Reher betont die Wichtigkeit der Geothermie. Pilotprojekte wie z.B. die Fachhochschule in Bielefeld sowie der Cornelsen Verlag würden große Flächen über Erdwärme klimatisieren/heizen.

Herr Beyer fragt an, ob der Link vom Geoportal mit an das Protokoll angehängt werden könnte. Dort könnte individuell fürs eigene Haus eingesehen werden, welche der verschiedenen Möglichkeiten die beste sei. Frau Reher bejaht und merkt an, das Geoportal sei gut geeignet für erste Anhaltspunkte.

Link:

[Geothermie in NRW - Geologischer Dienst NRW](#)

Frau Möller ergänzt, dass eine Wärmeplanung natürlich nicht ohne finanzielle Mittel möglich sei. Kurz vor der Haushaltschlussberatung im letzten Jahr seien noch 160.000 Euro dafür eingebracht worden.

Frau Willner bedankt sich für die Ausführungen.

Kenntnisnahme

Zu Punkt 10

Ausblick auf die nächste Sitzung des Bielefelder Klimabeirates

Frau Willner berichtet, dass Herr Upmeier zu Belzen den Vorschlag gemacht habe, Frau Labonte von der Landwirtschaftskammer NRW einzuladen, um zu dem Thema Treibhausgasemissionsbilanzierung in der Landwirtschaft zu berichten.

Herr Niemeyer-Lüllwitz bittet darum, Vorträge möglichst an den Anfang einer Sitzung zu setzen.

Frau Reher berichtet über die Eröffnung der Klimabahn in der letzten Woche. Die Klimabahn wäre buchbar für Gruppen. Frau Reher fragt an, ob eine gemeinsame Fahrt der Mitglieder des BKB interessant wäre. Hierzu besteht Interesse.

Kenntnisnahme

Bettina Willner

Franziska John